

Ergebnisse und Ergebnisse sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: S.W. 66, Cindendstraße 5  
Verleger: E. Schöner 282 - 293  
Tel.-Nr.: Sozialdemokraten Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

30 Milliarden

Sonabend

19. April 1924

Verlag und Druckerei: E. Schöner  
Gesellschaft 9-5 Uhr

Verleger: E. Schöner-Verlag GmbH  
Berlin S.W. 66, Cindendstraße 5  
Verleger: E. Schöner 282 - 293

## An die Arbeiter der Welt!

### Wiaiaufrief des internationalen Gewerkschaftsbundes.

Der Internationale Gewerkschaftsbund richtet anlässlich des bevorstehenden 1. Mai einen dringenden Appell an alle Bundeszentralen, das Maximum ihrer Kräfte einzusetzen, um dem Weltfeiertag der Arbeit einen großartigen und außerordentlichen Charakter zu geben, wie ihn die heutige Lage erfordert.

Allen ihren Forderungen voran muß die internationale organisierte Arbeiterklasse den Kampf für den Frieden stellen.

#### Gegen Krieg und Militarismus

muß sie die volle Wucht ihres Kampfes richten. Der Friedensgedanke der Arbeiter ist aus ihrem Klassenbewußtsein entstanden und eng verbunden mit ihren Fortschritts- und Freiheitsideen, die gegründet auf die Solidarität aller Völker, sie zu unerbittlichen Gegnern des Krieges macht und sie zwingt, die Idee der Freiheit und Gerechtigkeit untrennbar mit der Friedensidee zu verknüpfen.

Die ganze internationale Arbeiterbewegung hat den Friedenswillen des Proletariats zu ihrem Ausgangspunkt. Für den Frieden arbeiten, heißt für die proletarische Befreiung arbeiten!

Diese Wahrheit hatte zu allen Zeiten ihre Geltung; sie hat sie heute mehr als je.

Die Welt — und namentlich Europa — kann sich aus dem Elend und den Kamen des Krieges

#### nur erheben durch den Frieden

— durch einen Frieden, der die Zusammenarbeit der Völker ermöglicht, die mehr als je ihre Kräfte vereinen müssen, um der wirtschaftlichen Desorganisation und dem finanziellen Zusammenbruch, die den durch Krieg verursachten Katastrophen neue hinzuzufügen, ein Ende zu machen.

Gegenüber dem auf der schlimmsten sozialen Rückständigkeit gegründeten völkerverhetzenden politischen Nationalismus, gegenüber dem wirtschaftlichen Nationalismus, von dem nur der Besitz profitiert, muß die Arbeiterklasse eine internationale Organisation der Wirtschaft fordern, die sich auf der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker und auf dem Prinzip der internationalen Verteilung der Wohlstände aufbaut.

Baut und allen vornehmlich muß die Arbeiterklasse ihre Stimme für ihre Forderungen und Grundzüge erheben.

Sie muß die tatsächliche Organisation des Friedens fordern durch eine allgemeine Abrüstung, um zugleich die Völker von unerträglichen Lasten zu befreien sowie durch Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts zur Schlichtung internationaler Streitigkeiten.

## Nationalistische Spiegelfechterei.

### Das Einschüchterungsmanöver mißglückt.

Paris, 19. April. (Co.) Zu der Antwort der deutschen Regierung, den Sachverständigenbericht als Verhandlungsgrundlage anzunehmen, schreibt der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ die Wille zu seinem Witz, daß diese Tatsache als wichtiges Ereignis hervorgehoben zu werden verdient. Die Nationalisten hätten

#### ein Einschüchterungsmanöver

versucht. Die deutsche Regierung weigerte sich jedoch, den Gesichtspunkt der nationalistischen Führer anzuerkennen, wenn auch das Kabinett in seiner Antwort mitgeteilt habe, daß der Reichstag über gewisse Sonderpunkte, wie z. B. für die Verpfändung der Reichseisenbahnen, gestimmt werden soll. Diese Erklärung der deutschen Regierung müsse als

#### gutes Vorzeichen

aufgefaßt werden. Es würde jetzt zu nichts führen, die Behauptung zu wiederholen: „Die Deutschen werden versuchen, uns noch einmal hineinzuversenken; sie wollen nicht bezahlen, mit ihnen ist nichts zu machen.“ In diesem Augenblick sei es wichtiger, einen Schritt vorwärts zu tun. Der Sachverständigenbericht sei das Maß, das man in Bewegung setzen müsse, in der Hoffnung, eine Maschine daraus zu machen, die alle ihr in Zukunft begegnenden Schwierigkeiten überwinden könne. Wir können die nationalistiche Drohung in Deutschland, aber

man darf sich den kommenden Reichstag nicht als von den extremen Parteien beherrscht vorstellen.

Die deutschen Reaktionen werden bei im Abkommen geplanten Lösung der Reparationsfrage Widerstand entgegenbringen und die Schwierigkeiten werden groß sein, aber man darf nicht vergessen, daß auch die deutsche Industrie ein Wort mitzureden habe. Die maßgebenden Stellen Berlins hätten z. B. feinstufig erklärt, daß die Währungsverträge nicht verlängert werden könnten und trotzdem hätten die Industriellen neue Kontrakte unterzeichnet. Es werde in der Zukunft ebenso sein wie in der Vergangenheit. Im Reichstag werde es Erörterungen und Stürme geben, und zum Schluß werde die praktische Durchführung des Sachverständigenberichtes über den Widerstand triumphieren. Der Reichstag werde, um den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau des Reiches nicht unmöglich zu machen, dem ihm vorgelegten Entwurf zustimmen. Die Wahlen und die politischen Tendenzen, die sich inoffiziellerweise nach dem 4. Mai in Deutschland zeigen werden, ergeben

#### keinen Grund zum Abwarten.

Man müsse in jedem Falle vorwärtsgehen und Deutschland zeigen, daß es nützlich für es sei, sich auf friedlichem Wege helfen zu lassen und die Finanzpflichtungen zu erfüllen, die seine

Die Arbeiterklasse muß ferner alle ihr zukommende soziale Gerechtigkeit verlangen, indem sie auf einem immer weiteren

#### Ausbau der Rechte der Arbeit

befiehlt.

Die internationale Arbeitsgesetzgebung darf nicht later Buchstabe bleiben; die Abkommen müssen durch gesetzliche Festlegung lebendige Wirklichkeit werden.

Die Schaffenden, die Schöpfer des Reichtums, durch deren Arbeit die Gesellschaft lebt, fordern ihren Anteil an der Kontrolle und Verwaltung in der Organisation des Produktionsprozesses und der Verteilung der Güter.

In den sozialen Erzeugnissen des Achtstundentages und der Sozialversicherung, diesen wichtigsten eroberten Posten, muß festgehalten, auf ihre Verallgemeinerung unablässig hingearbeitet werden.

Die

#### Eroberung des Mitbestimmungsrechtes

der Arbeiter sowie die Reorganisation der Wirtschaft sind unerlässlich für eine wirksame Bekämpfung und Niederhaltung der kapitalistischen Einkünfte und zur Vorbereitung einer sozialen Ordnung, in der die Früchte der Arbeit nicht mehr den Besitzenden und Bevorzugten, sondern der Gesamtheit zufallen.

Mit dem Triumph dieser Forderung wird die Arbeiterklasse den Beweis erbringen, daß sie reif ist für die Verwirklichung ihrer historischen Mission: die Befreiung der Arbeit durch Frieden und soziale Gerechtigkeit.

Diese Forderungen sollen dem Weltfeiertag von 1924 Sinn und Gepräge geben!

Überall, in allen Ländern, muß der Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes bei der Arbeiterklasse Gehör finden! Die Massenlundgebung des Proletariats sei ein überwältigendes Zeugnis seiner Kraft, seines erwachten Gewissens, seines Willens zum Sieg!

Für ein besseres Dasein!

Für die soziale Gerechtigkeit!

Für die Freiheit!

Für den Weltfrieden!

#### Für den Internationalen Gewerkschaftsbund:

A. Douhaux (Frankreich), I. H. Leipert (Deutschland),  
Corn. Mertens (Belgien), Vizepräsidenten.  
A. Dudgeest, Joh. Sassenbach, J. W. Brown, Sekretäre.

wirtschaftliche Blüte keineswegs beeinträchtigen. Entgegen anderen Auffassungen, führt der Korrespondent aus, habe er den Eindruck, daß der Erfolg der angestrebten Nationalisten nur ein vorübergehender sein könne. Ihre Ubertreibungen haben den Vorteil, auch ihre gemäßigteren nationalistischen Kameraden zu kompromittieren und die deutsche öffentliche Meinung werde sich zweifellos über ihre Wertlosigkeit bald im klaren sein.

## Die Gutachten an die alliierten Regierungen

Paris, 19. April. (U.) Die Reparationskommission wird am Sonnabend an die verbündeten Regierungen offiziell die beiden Sachverständigenberichte nebst je einem Begleit Schreiben gelangen lassen. Diese Begleit Schreiben haben alle denselben Wortlaut. Gleichzeitig wird die Kommission die alliierten Mächte um Mitteilung über die Maßnahmen bitten, mit denen diese an der Ausführung der Sachverständigenberichte mitwirken könnten.

Halbamtlich verlautet in Paris, daß eine Zusammenkunft vorläufig als verfrüht anzusehen sei. Aus Brüssel wird gemeldet, daß man in Brüsseler diplomatischen Kreisen gleichfalls eine Begegnung der beiden alliierten Ministerpräsidenten im gegenwärtigen Augenblick für unmöglich halte. Man hebt hervor, daß die Reparationskommission zunächst alle Modalitäten des Sachverständigenberichtes, soweit sie dafür zuständig ist, regeln müsse.

#### Thennis und Gymans beim König.

Brüssel, 19. April. (U.) Der König hat gestern Thennis und Gymans empfangen. Den Blättern zufolge wurden in der Unterredung hauptsächlich die Reparationsfrage, die Sachverständigenberichte und die deutsche Antwort an die Reparationskommission besprochen.

## Amerikanische Hilfe.

### Drei Millionen Dollar für die deutsche Kinderhilfe.

New York, 19. April. (U.) Das Komitee für deutsche Kinderhilfe gibt bekannt, daß es bisher drei Millionen Dollar erhalten hat, wovon nur 100 000 nicht aus allgemeinen Zahlungen herrühren.

## Das amerikanische Einwanderungsgesetz.

Washington, 19. April. (U.) Der Senat hat endgültig als Grundlage des neuen Einwanderungsbekanntmachungsgesetzes eine zwei-prozentige Quote auf Grund des Ergebnisses der Volkszählung von 1890 angenommen.

Washington, 19. April. (U.) Zum Einwanderungsgesetz hat der Senat mit 46 gegen 30 Stimmen ein Amendement angenommen, welches Einwanderungen bis zu 25 Proz. zugunsten derjenigen Ausländer vorsieht, die mit der Landwirtschaft vertraut sind. Das Amendement befragt jedoch ausdrücklich, daß die Einwanderer sich nur in dem Staat, in dem ein Bedarf an Landarbeitern besteht, niederlassen dürfen.

## Deutschnationale Erfüllung.

### Die Völkischen geben keinen Parbon!

Trotz Helfferich und Quack bleibt die Tatsache unbestreitbar, daß die Ministerpräsidenten der Länder, auch jene, die deutschnational gesinnt und von den Völkischen abhängig sind, in der Beratung mit dem Reichskabinett der Annahme des Sachverständigenberichtes zugestimmt haben.

Diese Feststellung ist den Deutschnationalen außerordentlich unangenehm, denn sie schweigen darüber in offenem Jargon. Um so geschicklicher sind ihre völkischen Konkurrenten. Die „Rechtensburger Warte“ läßt den von den Völkischen mitgewählten Rittergutsbesitzer v. Brandenstein, der jetzt in Schwerin als Ministerpräsident fungiert, nicht aus der Fänge. Sie wendet sich mit voller Schärfe gegen die Deutschnationale Partei, der sie vorwirft, daß sie vor den Wahlen große Versprechungen mache, die nach den Wahlen nicht eingelöst würden. Mit „Benützung“ verzeichnet sie, daß sie jetzt schon vor der Reichstagswahl den Beweis dafür vorwegnehmen könne:

Die deutschnationale Presse hatte im großen und ganzen den Vorschlag der sogenannten Sachverständigen zur „Lösung“ des Reparationsproblems als das bezeichnet, was er ist, nämlich, ein Versuch, den letzten Rest der deutschen Souveränität und der deutschen Wirtschaftskraft an das internationale Finanzkapital zu verschachern. Immerhin konnte man von vornherein unter den deutschnationalen Blätterstimmen auch solche hören, die mindestens einer wohlwollenden Prüfung der Angelegenheit nicht abgeneigt waren. Nunmehr aber zeigt sich die Stellungnahme der wirklich führenden Kreise der Deutschnationalen Volkspartei zu dieser Frage, bei der es sich um Geheil oder Verderb des deutschen Volkes handelt, vollkommen klar und unverhüllt. Wie die Linkspresse triumphierend feststellt, und zwar auf Grund amtlicher Mitteilungen, haben sämtliche Ministerpräsidenten sämtlicher deutschen Länder dafür entschieden, daß der Erguß der Sachverständigen sehr wohl als eine „brauchbare Verhandlungsgrundlage“ angesehen werden könne. Der deutschnationale Minister Herr von Brandenstein ist dabei nicht ausgenommen; er hat sich ebenfalls zustimmend zur Verhandlungsgrundlage bekannt, ebenso wie sein Parteiführer, der thüringische Minister Kuhhauer (soll natürlich heißen: Deutscher! Red. d. U.).

Die Sache hat ein Gutes; die Anhänger der Deutschnationalen sind nun in der Lage, nicht nur zu wählen, sondern auch zu wählen. Zu erwagen nämlich, ob sie ihre Stimmen einer Partei geben wollen, die, wie das Ministerium Brandenstein in Mecklenburg sich nicht genug tun konnte, die „völkische“ Haltung zu betonen und die heute schon, wo es sich zum ersten Male darum handelt, wirklich völkische Politik zu treiben, glatt unwillig. Das erste Mal, wo die Deutschnationalen wirklich „positiv“ an augenpolitische Fragen herangehen, machen sie in Erfüllungspolitik.

Dem deutschnationalen Minister Brandenstein ist diese Anpassung natürlich äußerst unangenehm. Er läßt deshalb durch die Presseabteilung seines Ministeriums folgende Erklärung abgeben:

„Da die in Frage kommenden Verhandlungen streng vertraulich sind, kann nähere Auskunft über die Stellungnahme der hiesigen Regierung nicht erteilt werden. Die von der „Warte“ gebrochenen Angaben treffen jedenfalls nicht zu.“

Mit dieser Ausflucht ist jedoch das völkische Blatt durchaus nicht zufrieden. Es erinnert daran, daß das amtliche Communiqué der Reichsregierung über jene Verhandlungen „weitestgehende Einmütigkeit“ und „Uebereinstimmung“ aller Staats- und Ministerpräsidenten der Länder feststellte. Und es knüpft daran die weiteren Fragen:

Hat Erz. Brandenstein gegen die Annahme gestimmt?

Wenn ja, wie entstanden dann die Redungen der Reichspressstelle über die weitestgehende Einmütigkeit aller Beteiligten?

Hat Erz. Brandenstein für die Annahme gestimmt?

Wenn ja, wie ist es dann möglich, daß die Schweriner Pressestelle eine solche „Wichtigstellung“ herausgibt?

Nun wird die Mecklenburgische Pressestelle wahrscheinlich noch einer anderen Lesart suchen müssen. Dem Tatsachen sind immerhin so unangenehme Dinge, daß sie nicht gut hingenommen werden können. Zudem hat das völkische Blatt ausnahmsweise recht, wenn es darauf hinweist, daß es nicht so sehr auf die Versicherungen der Helfferich und sonstiger deutschnationaler Parteivertreter ankomme, als auf die Haltung der verantwortlichen Staatsleiter und daß in diesem Falle der verantwortliche deutschnationale und landhändlerische Führer in Mecklenburg eben derzeitiger Ministerpräsident v. Brandenstein sei!

Die Völkischen fürchten aber von den Deutschnationalen noch weitere böse Streiche. Sie vermuten sogar, daß die Deutschnationalen die große Koalition bis zu den Demokraten abschließen könnten. Denn, so wirft Reinhold Wulle ihnen vor, sie haben im alten Reichstag das parlamentarische System erst ermöglicht oder es doch am Leben erhalten, wenn es in Gefahr war. Sie haben „positive Mitarbeit“ in dem Sinne geleistet, daß sie den Regierungen zur Annahme von Gesetzen verhalfen, die von den Sozialdemokraten abgelehnt wurden. Sogar das Ministerium Wirth hätte nicht so lange regieren können, wenn es ihm die Deutschnationalen nicht ermöglicht hätten. Darum schließt Wulle:

„Wer von den Völkischen am 4. Mai seine Stimme den Deutschnationalen gibt, kauft sich den jüdischen

Parlamentarismus, verhindert also die Durchführung des völkischen Zieles."

Aus dieser Feststellung schlußfolgert Wulle weiter, daß die Deutschnationalen auch an der bisherigen Erfüllungspolitik in vollem Maße verantwortlich bestraft seien. Sie hätten nichts unternommen, um durch parlamentarische Mittel die nachnovemberlichen Regierungen zu stützen und deren Erfüllungspolitik dadurch zu verhindern. Schon durch Ablehnung des Haushalts und durch Ausnutzung jeder günstigen parlamentarischen Lage hätte dieser Sturz herbeigeführt werden können:

„Der Sturz des parlamentarischen Systems war gleichbedeutend mit der Vernichtung der Erfüllungspolitik. Statt dessen hat die Deutschnationale Volkspartei „positive Mitarbeit“ geleistet und damit die Erfüllungspolitik tatsächlich unterstützt. Dazu kommt, daß auch die Deutschnationale Volkspartei durch Herrn Dr. Helfferich im Jahre 1922 im Reichstage erklären ließ, auch sie würde die Konsequenzen aus dem Zusammenbruch vom 9. November ziehen, also die Reparationen zahlen.“

Zusammenfassend stellt daher Wulle fest: „Die Deutschnationale Volkspartei hat im letzten Reichstage nicht nur nichts getan, um die oben gekennzeichneten völkischen Ziele zu verwirklichen, sie hat ganz im Gegenteil durch ihre sogenannte „positive Mitarbeit“ das heutige System mit der Erfüllungspolitik am Leben erhalten.“

Was die feindlichen Brüder sich da an Liebenswürdigkeiten sagen, ist für die nicht deutschnationale und nicht völkische Welt immerhin von einigem Interesse. Wenn die Helfferich und Hergt jetzt mit den Mitteln übelster Parteihemagogie Wählerstimmen für ihre Partei einzufangen suchen, so weist ihnen ihr ehemaliger Fraktionsgenosse Wulle nach, daß das nichts weiter als eine unangenehme Heuchelei darstellt. Sie reden vor den Wahlen so, als ob sie ein unfehlbares Rezept zur Heilung aller Weltkrisen in der Tasche hätten. Sobald sie aber auch nur in den Ländern wieder „an der Futterkrippe sitzen“, so sehen sie sich den harten außenpolitischen Tatsachen gegenüber zu der gleichen Vernunftlosigkeit gezwungen, die die von ihnen so auferordentlich verlästerten Marxisten in der Regierung haben betreiben müssen. Es ist daher ganz berechtigt, wenn die Völkischen vor der Wahl der Deutschnationalen warnen.

Wer aber daraus den falschen Schluß ziehen sollte, daß er nun den Wulle oder den Dinter wählen müßte, läßt vom Regen in die Traufe. Denn diese wären nicht einmal in der Lage, solche Vernunftlosigkeit zu treiben. An unberühmten Dingen aber haben wir in Deutschland gerade genug, besonders da wir ja auch das Vergnügen haben, Herrn Ulrich Ludendorff zu unseren Mitbürgern zu zählen.

### Hohenzollern in Paris.

König Ferdinand von Rumänien befindet sich augenblicklich in Paris, um mit Frankreich ein Bündnis abzuschließen. König Ferdinand ist bekanntlich nicht nur ein rassistischer Germane, sondern auch ein Sprößling aus dem Hause Hohenzollern. Im „Hochinger Tagblatt“ — Anzeigenblatt für Hohenzollern — findet sich folgende Schilderung der Pariser Reise des Hohenzollernsprößlings:

Ferdinand von Sigmaringen wählte, um nach Paris zu kommen, nicht die gewöhnliche Straße über Basel und Dijon. Er legte Wert darauf, zuerst die Hauptstadt des Bundes zu besuchen, das seinem eigenen Vaterland entrissen, der lateinischen Kultur zugewonnen worden ist: Straßburg. Hier wurde er am Bahnhof empfangen von dem Militärgouverneur der Stadt Straßburg, dem General Berthelot, dem Reorganisator des rumänischen Heeres. Ein Auto brachte das Königspaar zu dem Friedhof der fünfzehnten in deutscher Kriegsgefangenschaft gestorbenen Rumänen bei Sutzmatt. Bei der Rückkehr nach Straßburg fand eine Feier in der Universität statt. Der Rektor Charlety übergab der Königin Maria die Insignien eines Doktors honoris causa der Universität Straßburg für ihr Buch „Rein-

land“, das in englischer Sprache geschrieben, soeben in einer französischen Uebersetzung von Jocu Vadocary erschienen ist.

Nicht auf dem Bahnhof, den man auch Straßburger Bahnhof nennt, fand am Donnerstag der Empfang des rumänischen Königspaares statt, sondern auf dem Bahnhof des Bois de Boulogne. Der Sohn Leopolds von Hohenzollern zog auf derselben Straße in Paris ein, auf der vor 53 Jahren die Deutschen einbezogen waren. Als um 11 Uhr der Zug einlief, erschallte der erste der 121 Kanonenschüsse, die die Antikristen des Preußenfürsten begrüßen. König Ferdinand erscheint zuerst in Generaluniform mit dem breiten Band der Ehrenlegion, auf dem Kopf eine Opiummütze mit hoher Krone. Ferdinand springt aus dem Wagen, eilt auf Herrn Millerand zu und wechselt mit ihm einen herzlichen Händedruck. Der Präsident der Republik verbeugt sich vor der Königin, während Ferdinand der Gattin Millerands seine Huldigung erweist. Unter dem endlosen Jubel der Menge fahren die Gäste die Elyseischen Felder entlang über den Eintrachtspfad und die Eintrachtbrücke nach dem ihnen im Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten bereiteten Quartier.

Bei dem Empfang auf dem Rathaus, wo die beiden ihre Namen in das Goldene Buch der Stadt Paris eintragen, dankt Ferdinand „in ganz reinem Französisch“ der erlauchtesten Stadt, deren Glorie über die ganze Erde strahlt. „Vorgetriebene Schildwache der lateinischen Zivilisation im Osten hat das rumänische Volk dauernd das Bewußtsein seiner ewigen Interessengemeinschaft mit Frankreich bewahrt.“ Ähnliche Gedanken sprach Ferdinand bei dem großen Empfangsbüro am Abend im Elysée aus.

Dieser Hohenzollernfürst, der als vorgerückte Schildwache der lateinischen Zivilisation seine ewige Interessengemeinschaft mit Frankreich beschwört, verdient einen Ehrenplatz in der Regensburger Walschalla dicht neben Ludendorff.

### „Antisemitischer“ Stahlhelm.

Uns wird geschrieben: In seiner Montag-Nachmittagsausgabe veröffentlicht der „Vorwärts“ ein Bekenntnis des „Stahlhelm“ und Deutscher Frontsoldaten zum extremen Antisemitismus. Die Entwicklung des „Stahlhelm“ zu einer politischen Organisation im Sinne des Rechtsradikalismus ist natürlich auch den Reichsbehörden, wenigstens einigen, nicht verborgen geblieben. Bereits im Herbst des vorigen Jahres machte das Reichsinnenministerium unter dem damaligen sozialdemokratischen Reichsinnenminister Salmann unter Beibringung zahlreichen Materials das Reichswehrministerium auf die zunehmenden politischen Tendenzen im „Stahlhelm“ aufmerksam und fragte an, ob es sich angesichts dieser Entwicklung nicht empfehlen würde, den „Stahlhelm“ zu einer politischen Organisation zu erklären, der Reichswehrangehörige nicht angehören dürfen. Bekanntlich entscheidet das Reichswehrministerium darüber, welche Organisationen als politisch anzusehen und daher auf Grund des Reichswehrgesetzes den Reichswehrangehörigen zu verbieten sind. Bezeichnenderweise hat das Reichswehrministerium des Herrn Gehler auf die Darlegungen des damaligen Reichsinnenministeriums überhaupt nicht geantwortet. Mehrfache Mahnungen waren erfolglos. Offenbar glaubte man im Reichswehrministerium mit dem Fortgang des Genossen Salmann die Sache begraben zu können. Von Salmanns Nachfolger, Herrn Jarres, ist allerdings nicht anzunehmen, daß er die Sache im Sinne seines Vorgängers verfolgen wird.

So bleibt der „Stahlhelm“ nach wie vor den Reichswehrangehörigen offen. Dagegen hat Herr Gehler ein anderes Opfer seines Zornes erlitten: Er hat — den „Bund der Kinderreichen“ für politisch erklärt und den Reichswehrangehörigen die Mitgliedschaft in diesem Bund verboten. Begründet wurde dieses seltsame Verbot damit, daß der „Bund der Kinderreichen“ laut Statut auf die Befehlsgebung abhänge und daher bei Steuererlassen usw. die Kinderreichen gebührend berücksichtigt würden. Damit ist nach Herrn Gehlers Ansicht die Tätigkeit des „Bundes der Kinderreichen“ eine politische. Aber wenn der „Stahlhelm“ Juden ausschließt und von seinen Mitgliedern ein Bekenntnis verlangt, so ist das natürlich eine absolut unpolitische Sache, ebenso, wenn er effizient durch seinen Vorstand vom Reichstage verlangt, daß er die Diktatur errichte! Der demokratische Reichswehrminister ist augenscheinlich selbst ein ganz unpolitischer Kopf!

### Verjudung des Krieges.

Was tun die Völkischen dagegen?

In Amerika soll ein Mann namens Paul ein neues Giftgas erfunden haben, das alle bisherigen an Stärke weit übertrifft. Ein paar Bomben mit „Grossi“, aus dem Flugzeug abgeworfen, sollen genügen, um die Bevölkerung einer großen Stadt zu töten. Wenn man das den Völkischen erzählt, und sie darauf aufmerksam macht, daß sich durch diese „jüdische Erfindung“ das Kriegsführen noch ungemüßlicher gestalten könne als zuvor, antworten sie stolz: einen echten deutschen Mann könne man mit Verstand nicht töten, da wir ja die herrlichen Wellen hätten, mit deren Hilfe man jedes Flugzeug herunterholen könne. Nun sind aber die herrlichen Wellen, denen diese hohe (tatsächlich nicht vorhandene) Wirkung zugeschrieben wird, leider auch eine — jüdische Erfindung! Ein richtiger Völkischer müßte doch lieber Deutschland mit Ehren und Verstand untergehen lassen, als daß er es von einem Juden retten ließe! Und ganz abgesehen davon, drohen nicht aus solcher Entwicklung auch sonst die schwersten Folgen? Denn wenn an Stelle Wolans Jehova das Kommando übernimmt, und wenn auch noch das edle Kriegshandwerk reitungslos der Verjudung anheimfällt, müssen dann nicht die Völkischen, schon aus Rassegründen, Antimilitaristen werden?

### Der „Farbenträger“ und sein Sohn.

Klatschgeschichte über Leinerts Familie.

Der nationalsozialistische Klatsch, der sich neulich mit einem Kostüm der Frau Stresemann beschäftigte, hat sich neuerdings eines Sohnes des Genossen Leinert bemächtigt, von dem behauptet wird, er habe als Student um Aufnahme in das feudale Korps „Borussia“ nachgesucht, sei aber als Sohn seines Vaters zurückgewiesen worden. Versöhnt wird die Geschichte durch den Wig, Leinert, der Vater, habe ja auch schon „Farben getragen“, nämlich als früherer Malergeselle. Wahr ist an der ganzen Geschichte nichts. Leinerts Sohn hat sich nie um Aufnahme in die „Borussia“ beworben, er ist daher auch nicht abgewiesen worden.

Wie müssen die Nationalsozialisten die Kreise einschälen, auf die sie mit solchem Mordkaffee Eindruck machen wollen?

### Der Zentrumskrieg.

München, 18. April. (T.L.) Der „Bayerische Kurier“ beschönigt sich heute ebenso wie die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz mit dem Rücktritt des Reichsministers Emminger und erklärt, die viel beschworene Entschlebung der Zentrumspartheileitung habe in erster Linie die Aufgabe gehabt, die Fäden zur Sozialdemokratie wieder fester zu knüpfen, die durch den Eintritt des Reichsministers Emminger in das Kabinett Marx eine Lockerung erfahren hatten. Das Zentrum habe durch seinen Beschluß zwischen der Bayerischen Volkspartei und den Sozialdemokraten als möglichen Partnern einer zukünftigen Regierungskoalition gewählt und sich für die Sozialdemokratie gegen die Bayerische Volkspartei entschieden.

Wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ melden, muß sich Geheimrat Dr. Heim im Laufe des Sommers einer dritten Augenoperation unterziehen, und hat aus diesem Grunde den Wunsch seines alten oberpfälzischen Wahlkreises, ihn an erster Stelle für den Reichstag aufzustellen, abzulehnen müssen.

Ludwigshafen, 10. April. (M.B.) In der gestrigen Generalsammlung der „Neuen Pfälzischen Landeszeitung“ wurde der bisherige Vorsitzende des Aufsichtsrates, Justizrat Bürgermeister Bücher (Bayerische Volkspartei) seines Amtes enthoben und durch den stellvertretenden Vorsitzenden Hofmann (Zentrum) ersetzt. Der von Bücher entlassene Chefredakteur Dr. Fink (Zentrum) wurde mit sofortiger Wirkung wieder in sein Amt eingesetzt.

Der jüdische Nationalistenführer Ghandi hat in einem offenen Briefe die Swaraj-Partei aufgefordert, nimmeh von der Obstruktion abzulassen und mit der indischen Regierung zusammenzuarbeiten. Ghandi befindet sich seit seiner Entlassung aus dem Gefängnis zur Erholung an der See.

### Salome und die Tanzwut.

Von Wilhelm Lichtenberg.

Man muß sich auch einmal „Salome“ ansehen. Das schillerhafte Mädchen aus dem Alten Testament. Und ich muß sagen — man erlebt schon seine Wunder, besonders — wenn man so eine hübsche von Bau ist! Ich habe Tänzerinnen gesehen, die für eine Million österreichische Kronen tanzten, ich habe welche gesehen, die es für zwanzig Rentenmark machten, andere, die sich wieder mit einem warmen Nachtmahl begnügten. Je nachdem und je nach Veranlassung. Aber, bei Gott, ich habe es noch nicht erlebt, daß eine junge Dame für einen abgehauenen Kopf tanzt. Dieses Honorar ist neuartig und — das möchte ich eigentlich sagen — erschreckend!

Erschreckend nämlich deshalb, weil man ja, wenn so etwas schon einmal in der Weltgeschichte möglich war, niemals wissen kann, ob einem so ein Tanz mit einer modernen Schminke nicht weiß Gott wie teuer zu stehen kommen kann. Alles soll schon — wenn sein, und wer weiß, ob infireiner nicht auch einmal auf eine Salome reinfallen!

Es muß ja nicht gerade ein Kopf mit Vollbart sein! Gut, solche Sachen sind heute nicht mehr modern — man verlangt sie nicht mehr. (Obwohl es der alte Sinder, der Herodes, eigentlich sehr billig gehabt hat!) So ein Kopf kostete nichts und war in beliebigen Mengen zu haben.) Also, den Kopf wollen wir nicht gerade behaupten. Unsere jungen Damen von heute wollen was anderes auf einer Schüssel haben. Wie kommen schließlich auch dritte, ganz fernstehende Personen dazu? ... Der Herodes verliert den Kopf und der Jochanaan muß ihn verlieren.

Aber es gibt doch auch andere ausgefallene Sachen, die von uns gefordert werden könnten! Denn, hand aufs Herz, haben sich die Salomes in den knapp zweitausend Jahren geändert? Nein. Ebensoviele wie die Herodesse! Für so ein Brauenzimmer mit sieben vor Herrschofien abzulegenden Schleiern tut man auch heute noch allerhand.

Herodes schrie: „Tanze Salome!“ Heute sagt man: „Darf ich um den nächsten Schminke bitten?“ Kommt auf eines heraus. Salome sagte: „Ich will den Kopf des Jochanaan!“ Hier also wäre dem Zeitgeschmack Rechnung zu tragen. Herodes: „Darf ich um den nächsten Blues bitten?“ Salome: „Ich will ein neues Straußfedernkleid, wie es der ... (die teuerste Modestrüme einzusehen) soeben aus Paris bezogen hat!“ ... Es muß also nicht durchaus ein Haupt sein. Das Entsetzen aber ist nicht geringer. Fürchterlich bleibt die urewige Salome-Forderung, die immer wieder aus der Tiefe eines prächtigen Brauenzimmers auftauchen kann.

Es kann sich, darüber sind wir uns nun klar geworden, um teilspieligere Dinge handeln als um den Kopf eines Propheten, der

partout aus der Zisterne aufsteigt. Siehe Straußfedernkleid. Es gibt aber noch ungeahnte Möglichkeiten! Was könnte einem kaprijiösen Frauenköpfchen nicht alles einfallen! Einige Beispiele mögen sprechen:

- „Salome, tanze für mich!“
- „Mensch, laß dir den Schädel laß rasieren!“
- „Laß dir einen Vollbart wachsen!“
- „Trage zum Grad eine weiße Hofe!“
- „Entblöße deine Hüneraugen!“

O, es gibt tausend Verwerflichkeiten. Wie gesagt, es muß nicht ein jüdischer Prophetenkopf sein.

Ein Theaterbesuch stimmt immer nachdenklich. Und die „Salome“ hat mich ganz aus dem gewöhnlichen Gleichgewicht gebracht. Ich werde nie mehr eine Dame um einen Tanz bitten können, ohne zu befürchten, daß sich hier eine Salome entpuppt. Eines steht fest: Die tanztiebenden Herren vor Christi Geburt haben es besser gehabt. Man forderte von ihnen etwas, was sie erfüllen konnten. Ob ich meine Hüneraugen mit derselben Seelentruhe entblößen könnte, mit der Herodes dem Jochanaan den Kopf abschlugen ließ? Ich bezweifle es.

### Der Einfluß der Sonnenstrahlung auf das Wetter.

Stüdem es gelungen ist, die Strahlungservernie der Sonne durch Instrumente zu messen, hat man ungeahnte Kenntnisse über die Strahlungsbeziehungen der Sonne gewonnen. Wie wichtig diese Erkenntnisse für die Wetterkunde sind, führt Dr. W. Köppler in einem Aufsatz der Wochenchrift „Die Welt“ aus. Die Größe der Solar- konstante, d. h. der gelommen an der Grenze der Atmosphäre zunehmende Größe der Sonnenstrahlung hat man bereits früher angenommen, diese „Solar- konstante“ ist aber durchaus keine unveränderliche Größe, sondern fortgesetzten Schwankungen unterworfen, die zum ordnen Teil eine Folge von Veränderungen auf der Sonne selbst sind.

Der amerikanische Meteorologe Cayton fand, daß ein deutlicher Parallelismus zwischen den Schwankungen der Sonnenstrahlung und den Schwankungen des allgemeinen Kreislaufes des Weltmeeres besteht. Wächst die Strahlung, so nimmt in der Troposphäre die Temperatur zu und umgekehrt, während in den mittleren Breiten die Temperatur mit zunehmender Strahlung sinkt. Jedenfalls verläßt sich bei zunehmender Sonnenenergie der ganze Kreislauf des Weltmeeres infolge der Zufuhr von Wärme, und die ganze Wärmemaschine, die die Erdatmosphäre darstellt, arbeitet stärker. Die genaue Untersuchung haben gezeigt, daß die durch stärkere Sonnenstrahlung hervorgerufene Ausdehnung des Luftdrucks und der Temperatur an der Erdoberfläche zuerst über bestimmten Gegenden der Erde auftritt und sich von dort wellenartig ausbreitet. Ein solches Aktionszentrum ist zum Beispiel das südliche Argentinien. Diese Einflüsse gestatten wertvolle Schlüsse auf die zukünftige Witterung zu ziehen. Außer den kürzeren mehrjährigen Schwankungen unterliegt die Strahlung der Sonne auch Veränderungen von wöchentlichen und monatlicher Dauer, bei denen die zunehmende Strahlung ebenfalls den Kreislauf des Weltmeeres verstärkt. Der jahreszeitliche Ein-

fluß, den die Veränderungen der Sonnenstrahlung auf die Witterung hervorrufen, zeigt sich darin, daß sich bei stärkerer Sonnenstrahlung im Winter der Luftdruck über den gemäßigten Breiten erhöht; im Sommer dagegen führt die zeitweise stärkere Sonnenstrahlung zu einer Druckerniedrigung. Natürlich bestehen auch zwischen den Sonnenflecken und der Wärmeenergie der Sonne Beziehungen. Die Sonnenfleckenperiode von 11 Jahren beeinflusst die Witterung auf der Erde. So zeigt z. B. der Sommerfall zu New York in Nordamerika ein deutliches Maximum in der Nähe des Maximums und ein Minimum beim Minimum. Ein ähnlicher Zusammenhang läßt sich für die Sierra in Kalifornien, für das Hochmoor des Nils, für die Eisberge und Stürme nachweisen. Cayton kommt infolge dieser Forschungen zu der Überzeugung, daß die Veränderung der Sonnenstrahlung die Hauptursache aller Witterungsänderungen auf der Erde ist.

Die Kant-Feier in Königsberg. In diesen Osterferien, in denen sich der Tag der Geburt Immanuel Kants zum 200. Male feiert, haben die Stadt Königsberg und die Albertusuniversität, die Heimat und die Lehrstätte ihres größten Sohnes und Denkers, gemeinsam zu einer weitausgehenden Gedächtnisfeier aufgerufen, die in der ganzen Kulturwelt den lebhaftesten Widerhall gefunden hat. Es werden an diesen Tagen an den von Kantischem Geiste umgebenen Städten mit den leitenden Persönlichkeiten der Reichs- und Staatsämter die berühmtesten Forscher und Bekämpfer seiner Lehre, die Vertreter fast sämtlicher deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Akademien und des weiteren namhafte Philosophen, Gelehrte, Schriftsteller und Künstler, die zu Königsberg und seiner Hochschule in besonders engen Beziehungen stehen, sich versammeln. Die große Kant-Gesellschaft wird am Osterfesttag unter zahlreicher Teilnahme ihrer Mitglieder aus dem ganzen Reich ihre Festigung abhalten, auf der hochangesehene Kant-Forscher und Kant-Philosophen Vorträge halten werden; und wie das Inland, so wird auch das Ausland seine Teilnahme an dieser Feier durch die Entsendung berufener Gelehrter bekunden. Die Abgesandten der Universitäten Schwedens, Norwegens und Dänemarks, Desiderichs, der Döbneren (Göttingen, Finnland, Lettland und Litauen) werden ebenso wie die Vertreter englischer, amerikanischer und japanischer Hochschulen vereint sein, um dem Genius des großen deutschen Philosophen ihre Huldigung darzubringen.

Erstaufführungen der Woche. Mont. Kol. Theater: „Arber Mann“ — Freit. Schiller-Theater: „König Riccio“. Volkstheater: „Galan-talen“. — Sonnab. Bühne: „Der Reiterbusch“. Walln. Theater: „Orestes legt Able“.

Neuauflagen der Woche. Sonnab. Mont. 11, 5, 7 u. 9 Uhr: „Mit der Jagd von Hamburg nach New York“. — Dienst. 5, 7 u. 9 Uhr: „Rau“. — Mittw. 5 u. 9 Uhr: „Rau“. 7 Uhr: „Aus einem Toten-bau“. — Donn. 5 Uhr: „Rau“. 7 u. 9 Uhr: „Von Hamburg nach New York“. — Freit. 6, 11 Uhr: „Alt- Berlin“. 9 Uhr: „Unter den Kack-barn des Nordpols“. — Sonnab. 4, 11 Uhr: „Von Hamburg nach New York“. 6, 11 Uhr: „Alt- Berlin“. — Sprech. 11 Uhr: „Der Spießige Königsgard“.

Im New Yorker Schachturnier, an dem die herbstlichen Schach-spieler teilnahmen, ließ Emanuel Lasker Sieger. Zweiter wurde Capo-bianca, der Lasker vor einigen Jahren die Weltmeisterschaft abgewann.

## Der Jude ist schuld!

Sagt die hohe Justiz.

Das Amtsgericht Bernigerode verurteilte einen Agitator der deutschösterreichischen „Mitteldeutschen Arbeiterpartei“ zu 30 M. Geldstrafe, weil er in einer nicht angemeldeten politischen Versammlung gesprochen hatte. In der Urteilsbegründung wird dem „Bernigeroder Tageblatt“ zufolge zunächst dargelegt, daß die Versammlung eine politische gewesen und daß deshalb zu Recht auf eine Strafe erkannt worden sei. Eine Gefährdung der staatlichen Ordnung habe dagegen nicht vorgelegen. Nach diesen Ausführungen heißt es dann weiter:

Das deutsche Volk erkennt mehr und mehr, daß das Judentum schwerste Schuld an unserem Unglück trage und das erfassen immer weitere Kreise. An einen Aufstieg unseres Volkes ist nicht zu denken, wenn wir nicht die Macht des Judentums brechen. Nicht nur die Deutschösterreichischen meinen das, sondern auch die Deutschnationalen, wie man in den Zeitungen der letzten Tage lesen konnte. Die Gedanken, welche die Angeklagten vorbringen, stellen keine Gefährdung unserer öffentlichen Ruhe dar, nein, sogar die Besten unseres Volkes teilen diese Anschauung.

Sollte dieser Passus wirklich in der Urteilsbegründung zu finden sein, dann wird sie ein Dokument von historischem Wert für den beispiellosen Niedergang unserer heutigen Justiz bleiben. Ein Staat, der einen derartigen Geist in seiner öffentlichen Rechtsprechung duldet, streicht sich selbst aus den Reihen der Kulturstaaten.

## Reinliche Scheidung.

Angelika Balabanoff aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

In der Moskauer „Pravda“ vom 8. April wird folgender Beschluß der Zentralkontrollkommission der kommunistischen Partei Rußlands veröffentlicht:

„An Anbetracht des Ueberganges Angelika Balabanoffs auf ihre alte Stellung des Menschewismus und der aktiven Unterstützung der konterrevolutionären italienischen Sozialdemokratie (I), die einen heimtückischen Kampf gegen die kommunistische Internationale führt, und Tausende italienische Proletarier wegen ihrer Sympathien für die kommunistische Internationale aus ihren Reihen ausschließt, beschließt die Zentrale Kontrollkommission, Angelika Balabanoff aus den Reihen der Mitglieder der kommunistischen Partei Rußlands auszuschließen.“

In einem Artikel derselben Nummer der „Pravda“ sucht der Sekretär der kommunistischen Kontrollkommission E. Jarslawski unter Anführung von Beschimpfungen und Verdächtigungen gegen Angelika Balabanoff ihren Ausschluß aus der Partei zu rechtfertigen. „Wir denken — schreibt er — mit Scham daran, daß Angelika Balabanoff im Verlauf einiger Jahre Mitglied der kommunistischen Partei Rußlands war.“ Diese „Scham“ des allgewaltigen Sekretärs der kommunistischen Kontrollkommission, der beugt ist, jede ihm nicht genehme Person aus der Partei herauszuwerfen, ist die größte Schamlosigkeit, die man sich vorstellen kann. Der Aufwand an Beschimpfungen und Kraftworten ist aber notwendig, um den starken Eindruck abzuschwächen, den der Ausschluß Angelika Balabanoffs nach dem Bekenntnis Jarslawskis selbst in den Kreisen der kommunistischen Partei ausüben dürfte, zumal die sonst üblichen Mittel der Bekämpfung Andersdenkender, wie Gefängnis, Verbannung usw., in Anbetracht der Abwesenheit der Delinquentin nicht anwendbar sind.

Kein anderer als Lenin hat vor zwei Jahren Angelika Balabanoff als eine Genossin von beider Reinheit und Unzweifelhaftigkeit charakterisiert, die in unübertrefflicher Weise alle ihr aufgelegten Aufgaben erfüllt hat. Es genügt, dieses Zeugnis Lenins anzuführen, um den Wert der jetzt gegen Angelika Balabanoff erlassenen Sanktion zu ermessen. Zur Einschätzung Angelikas Balabanoffs, die bei der Gründung der kommunistischen Internationale zur Sekretärin der Exekutive gewählt wurde, befehrt es aber auch des Zeugnisses Lenins nicht. Wer die Tätigkeit dieser Genossin in Rußland wie im Auslande kennt, wird den Schlag zu würdigen verstehen, den die kommunistische Partei sich selbst durch ihren Ausschluß zugefügt hat. Die gegen sie erhobene Anklage ist aber nur ein Vorwand. In Wirklichkeit ist Angelika Balabanoff ausgeschlossen worden, weil ihre reine idealistische Gesinnung sich mit der Praxis der kommunistischen Gewaltmenschen nicht verträgt. Neben Sinowjew und Radek ist in der kommunistischen Internationale kein Platz für Angelika Balabanoff. Menschen von reiner Gesinnung, die das selber nicht einsehen und daraus ihre Konsequenzen ziehen, werden von den Moskauer Diktatoren unter Beschimpfungen und Verdächtigungen aus der Partei herausgeworfen. Das ist die wichtigste Lehre, die in allen Ländern aus dem Ausschluß Angelika Balabanoffs gezogen werden muß.

## Enteignung der baltischen Barone.

Riga, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Im lettischen Parlament wurde der Inkassobehalt der beiden sozialistischen Parteien und der lettisch-baltischen Bauerngruppe, der die Enteignung des baltischen Großgrundbesitzes, der im Laufe der Jahrhunderte der angelsächsischen Bevölkerung entrissen worden ist, ohne Entschädigung verlangt, mit 30 gegen 30 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Letztlich ist damit der erste Staat Europas, der ohne Entschädigung Großgrundbesitz zur Aufteilung entwirft. Die „Deutsche Fraktion“, die hauptsächlich die baltischen Barone vertritt, verließ vor der Abstimmung den Saal. Der französische Gesandte, Graf Bertel, suchte den Ministerpräsidenten auf und verhandelte mit ihm über die Frage der Entschädigung des enteigneten Großgrundbesitzes der Ausländer. Wie wir hören, hat das Kabinett sich entschlossen, ein Gesetz auf Entschädigung für den ausländischen Großgrundbesitz einzubringen.

## Trennung von Staat und Kirche.

Riga, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Nachdem die Budgetkommission bei der zweiten Lesung des Budgetentwurfs die Finanzmittel für die Kirchen abgelehnt hatte, brachte der Innenminister Birsnel bei der dritten Lesung des Haushaltsplanes, abermals den Antrag ein, die Budgets der lutherischen, katholischen, orthodoxen und altkatholischen Kirchen zu kürzen und auch einen Posten für die israelitische Konfession aufzunehmen. Die Sozialdemokraten nehmen scharf gegen den Antrag Stellung. Bei der Abstimmung wurden die Budgets der einzelnen Kirchen der Reihe nach abgelehnt.

Die Republik Griechenland ist von der französischen Regierung offiziell anerkannt worden.

Ein Jüdischer Bürgermeister von Kalkutta. Der Leiter der Sozialdemokratischen Partei Das ist mit 30 gegen 12 Stimmen die für den europäischen Kandidaten abgegeben wurden, zum Bürgermeister von Kalkutta gewählt worden. Sein Programm: unentgeltlicher Volksschulbesuch, unentgeltliche ärztliche Hilfe und Verbesserung der Wohnungsverhältnisse.

## Vom Osterverkehr.

Der gestrige Freitag, den man den stillen Freitag nennt, weil an diesem Tage, ohne Theater und Konzerte, — erholungsbedürftige Menschen die Anzeichen fürmen, um sie in später Stunde lärmend und lachend, „des süßen Weines voll“, zu verlassen, hat nur sehr wenige Großstädter ins Freie und Frische geführt. Der kalte Wind, die herbe Luft und eifrige Regenschauer dazwischen dämpften das Verlangen nach Wald und Heide und ließen einen Platz am warmen Ofen wünschenswerter erscheinen. Stadtbahn, Straßenbahn und Hochbahn hatten wirklich einen stillen Tag, und in den Restaurants rund um Berlin standen die Kellner beschäftigungslos umher. Auch der Verkehr auf der Fernbahn war matt und hielt sich in mäßigen Grenzen. Nur die Züge nach Frankfurt a. M. und Dresden wiesen starke Besetzung auf. Aber auch der heutige Sonnabend steht unter dem Zeichen lustloser Tendenz. Auf den Bahnsteigen der Fernbahnhöfe und an den Schaltern fehlt das lebhaft, quirlende Treiben, die Hast und Hege mit Koffern und Schächeln, und auf den Straßen sieht man nur wenige Menschen, die den Bahnhöfen zustreben, um einen kurzen Osterausflug nach Thüringen zu machen, in den Harz, an die Ostsee oder sonst nach einem schönen Fleckchen Erde, das sich rentenmarktfähige Mitbürger leisten können. Man traut dem Himmel nicht und fürchtet sich vor dem Launen des unzuverlässigen Wettergottes.

Die Stadtbahnzüge, die Zubringer zu den Fernbahnhöfen, waren heute nicht voller als sonst, und alles deutet auf ein sehr ruhiges Osterfest. Die Straßenbahn hat aber für die Feiertage ihr Personal mobilgemacht und einen verstärkten Betrieb nach den Vororten und den bekannten Ausflugsplätzen vorgezogen. Fehlt nur noch die Ernte und warmes, zweifelfreies Wetter, das hoffentlich morgen und übermorgen nicht fehlen wird. Lange genug haben wir in diesem Jahr die Sonne entbehren müssen, und der armen, geschundenen Kreatur, die sich keinen Ausflug ins Gebirge oder an die See leisten kann, ist es gewiß zu gönnen, daß sie sich in den Ostertagen in warmer, wohlthuender Luft im Freien tummeln kann. Der Garten- und Landbesitzer aber wartet fehrnützlich auf Sonne, damit er endlich seine Erde bestellen kann. Doch niemals wohl haben zu Ostern an einem so späten Termin wie in diesem Jahr Felder, Bäume und Sträucher so früh ausgehoben.

## Moderne Alchimisten.

Wie Papier zu Gold wird.

Am 3. Oktober vorigen Jahres gründeten sechs Beteiligte natiorell eine Aktiengesellschaft zur Finanzierung der „Union Kreisföcher Schlächtereiernehmungen“ mit einem Stammkapital von 12 Millionen Mark, die später von den Gründern eingezahlt werden sollten. 14 Tage später stand der Dollar bereits auf 4 Milliarden, und das Stammkapital war nur noch 3 Dollar wert. Die Gründer mußten die Resten für die Gründung aus ihrer Tasche bezahlen. Am 4. Dezember wurde das Unternehmen handelsgerichtlich eingetragen. Inzwischen versuchten die Gründer durch Verkauf von Zwischenstücken, die über 10000 M. lauteten, Geld in die Kasse zu bekommen. In einer Sitzung im November beschloßen sie, Aktien selbst unter das Publikum zu bringen und von dem Erlös 75 Proz. in die eigene Tasche zu stecken und nur 25 Proz. an die Geschäftsführer abzugeben. Die Aktien wurden eifrig angeboten und auch gekauft, weil die Käufer annahmen, daß zu ihren Vorteilen auch die Kreisföcher Schlächtereier gehöre. Man versahnte dem Publikum, daß diese Kreisföcher Privatbesitz ist. Die Aktiengesellschaft hatte überhaupt keine Sachwerte, nicht einmal ein Bureau und Büromöbel. Die treibende Kraft war ein gewisser Behlisch, der den größten Teil der Aktien hinter sich hatte. Dieser verbreitete, um Geld zu schaffen, daß sich ein anderes großes Schlächtereierunternehmen für die Gesellschaft interessiere. Auch ein Produzent Fleischmann von einer Bank am Kurfürstendam wurde hinzugezogen. Inzwischen war die Stabilisierung der Markt gekommen. Fleischmann stellte nun ein Schreiben aus, daß seine Bank bereit sei, die Aktien mit 30 Goldpfennig pro tausend Papiermark aufzunehmen. Dieser Brief war ein „Bluff“, der aber seinen Zweck erreichte. Behlisch interessierte weiter den Beteiligten einen angelegenen Reklamagesellschaft, der auch seinerseits ein Schreiben ohne Gegenzahlung ausfertigte. Mit diesen beiden Briefen wandte man sich nun an ein Privatgeschäft mit dem Erlöse, daß es sich für die Aktiengesellschaft interessiere und bereit war, die Aktien anzukaufen. Um ein Gegengewicht gegen die anderen Aktienbesitzer zu schaffen, sollten eine entsprechende Anzahl Aktien erworben werden. Das Bankgeschäft zahlte 120000 Goldmark, um den erforderlichen Posten aufzubringen. Das wurde aber durch allerlei Machenschaften, bei denen noch ein Agent Erdmann, eine Gräfin Bassenheim und ein Graf Tarnowski beteiligt waren, planmäßig ummäßig gemacht. Die Namen der Gräfin und des Grafen wurden wieder benutzt, um andere Leute einzulocken. Ein zweiter Bankier löste 200000 M. und ein Privatmann noch 5000 Goldmark bei diesen verwickelten Geschäften ein. Was sie an Geld bekamen, verteilten die „Unternehmer“ unter sich. Der erste Bankier machte endlich Anzeige und so wurden die Machenschaften von der Kriminalpolizei aufgedeckt und die fünf Genannten verhaftet. Fleischmann beschloß alles, was er herauskommen hatte, in Sachwerten anzulegen. Er schickte seine Bekannte nach Hamou, um dort durch sie Silber, Gold, Platin usw. aufkaufen zu lassen. Als sie jetzt von ihrer Reise zurückkehrte, wurde sie auf dem Anhalter Bahnhof von Kriminalbeamten in Empfang genommen. Eine ganze Anzahl Aktien befinden sich wahrscheinlich noch in den Händen des Publikums.

Die Sparkasse in München-Gladbach ist durch eigenmächtige Kreditgebung seitens ihres Direktors schwer geschädigt worden. Wie mitgeteilt wird, hat der Direktor der Kasse der jetzt in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Firma Voeh u. Co. in Lirer über zwei Millionen Goldmark Kredit gewährt und dies sowie ökonomische Geschäfte abgeschlossen, ohne die Genehmigung des Verwaltungsrates einzuholen. Ferner hat er sich Veruntreuungen dadurch schuldig gemacht, daß er während der Inkassationszeit mit dem ihm anvertrauten Geldern spekuliert hat. Er ist deshalb sofort seines Amtes entbunden worden, und es ist ein Straf- und Disziplinarsverfahren gegen ihn eingeleitet worden. Sein eigenmächtiges Vorgehen wurde dadurch ersichtlicher, daß es zu einer Zeit erfolgte, als der Oberbürgermeister und mehrere Beigeordnete, darunter der Sparkassendirektor, ausgewiesen waren.

## Dreimal verurteilt, dann freigesprochen.

Das wechswelche Schicksal einer Anklage zeigte sich bei dem Ausgang einer Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts I. Der Auktionator Ernst Reumann hatte von einer Frau eine Wohnschatzung zur Versteigerung im Jahre 1920 übertragen erhalten. Er selbst hatte den Wert auf 30000 M. eingeschätzt und es war auch für die Versteigerung dieser Betrag als Mindestpreis fest-

## Das Rundfunkprogramm.

Heute, Sonnabend, den 19. April.

7 Uhr: Vortrag des Herrn Prof. Adolf Weismann: „Musik im Hause“. 8.30 Uhr: VI. Sonderveranstaltung der Funkhunde A.-G. Mattia Battistini. 1. Zueignung von „Faust“ von Goethe (Karl Zander vom Deutschen Theater, Berlin, Rezitation). 2. Adagio aus dem H-moll-Konzert von Dvorak (Otto Ursack, Violoncello). 3. Maria Battistini. 4. a) Tod in Uelzen, von Lillienron. b) Die Wallfahrt nach Kevelaar, von Heine (Karl Zander vom Deutschen Theater Berlin, Rezitation). 5. a) Volklied aus dem 16. Jahrhundert, von Burmeister. b) Serenade, von Pjerna (Otto Ursack, Violoncello), am Flügel: Dr. Felix Günther.

gelegt worden. Hinterher hatte er nur 11000 M. abgeführt und behauptete, daß er nicht mehr als 12900 M. aus der Versteigerung erlöste hatte. Als die Auktionatoren damit nicht zufrieden war, verurteilte er sie auf einen Vermerk der von ihr unterschriebenen Auftragsurkunde, nach welchem der Versteigerer nach zweimaligem fruchtlosem Versteigerungsversuch berechtigt sei, auch unter dem Preis zu versteigern. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten, gegen den die Kurbin Strafanzeige erstattet hatte, der Unterschlagung schuldig befunden und zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Berufungsstrafkammer änderte das Urteil dahin ab, daß der Angeklagte nicht der Unterschlagung, sondern der Untreue schuldig sei und verurteilte ihn zu 800 Milliarden Mark. Auf die vom Staatsanwalt eingeleitete Revision hat das Kammergericht das Urteil der zweiten Instanz auf, weil weder Unterschlagung noch Untreue vorliege, sondern aus anderen rechtlichen Gründen nur ein Betrugsversuch in Frage kommen könne. In der erneuten Verhandlung vor der Kleinen Strafkammer, als Berufungsinstanz, beantragte der Staatsanwalt erneut Verurteilung wegen Untreue. Der Verteidiger vertrat die Ansicht, daß für das neue Urteil nur die rechtliche Würdigung des Kammergerichts zugrunde gelegt werden könne. Ein Betrag liege jedoch nicht vor, so daß Freisprechung erfolgen müsse. Die Strafkammer war derselben Ansicht und sprach den Angeklagten jetzt tatsächlich frei. — Reumann hatte aber doppeltes Glück an diesem Tage, denn hinterher wurde gegen ihn von der Strafkammer in einer zweiten Strafsache in der Berufung verhandelt. Er war vom Schöffengericht wegen Betrug, Untreue und Unterschlagung in vier Fällen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden. Es handelte sich wiederum um Vorgänge bei Versteigerungen. Die Strafkammer hob ebenfalls das erste Urteil auf, so daß der Angeklagte auch in diesem Falle freigesprochen wurde.

## „Kleinarbeit“ bei Behörden.

Sparfamelei ist jetzt die Parole in allen Verwaltungen. Gespart wird bis zum Äußersten, bis zur Vornahme des ganzen Verwaltungsapparates. Wenn aber eine Behörde von irgendwem ein paar Pfennige zu fordern hat, dann denkt anscheinend kein Mensch mehr an das Gebot, zu sparen. Dann wird den Pfennigen nachgegangen, um sie einzutreiben — koste es, was es wolle!

20 Milliarden Papiermark, d. h. zwei Pfennig in Gold, hat das Bezirksamt Charlottenburg einem Mann abgefordert, der die Kosten der Fürsorgeziehung seines Sohnes decken muß. Um diesen Betrag einzutreiben, wurde ein gedrucktes Formular herausgelockt, vorchriftsmäßig ausgefüllt und unterzeichnet, sorgfältig gemischt und zusammengepackt, durch eine aufgeklebte Siegelmarke verschlossen. Mit der Adresse beschrieben und dann der Post übergeben. Das Schreibm. enthält die Aufforderung, die 20 Milliarden Papiermark innerhalb dreier Tage an die Bezirksamtskasse in Charlottenburger Rathaus, vormittags zwischen 9 und 1 Uhr, unter Vorlegung der Berechnung einzuzahlen oder den Betrag unter Angabe der Geschäftsnummer einzulösen. Das Formular war vervollständigt durch einen mit der Maschine geschriebenen Zettel von sechs Zeilen, der lauter aufgeklebt war. Er drohte den Zahlungspflichtigen, bei unentschuldigter Nichtzahlung oder unpünktlicher Zahlung, die Angelegenheit an den zuständigen Armenverband zwecks zwangsweiser Beitreibung der Kosten zurückzugeben. „Um Gottes Willen, nein, dazu dürfte es der Mann nicht auch noch kommen lassen! Er beeilte sich, auf dem Rathaus die zwei Pfennig abzuliefern. Die Quittung wurde von zwei Beamten unterzeichnet, wie es laut Vorschriften bei so wichtigen Dingen zu geschehen hat. Ohne Zweifel sind die zwei Pfennig dann auch noch mit der Gewissenhaftigkeit, die eine geordnete Verwaltung fordert, gebucht worden. Wieviel Aufwand an Arbeit, Papier, Tinte usw. vor der Eintreibungsaktion nötig gewesen ist, um die Sache fertig zu machen, kann man sich denken.

Der Laie schüttelt zu solcher „Kleinarbeit“ der Behörden verwundert den Kopf, aber er versteht eben nichts davon. Ein bekanntes Wort sagt: Gerechtheit muß kein, mag darüber die Welt zugrunde gehen. Die den Pfennigen nachgehenden Behörden scheinen zu denken: Ordnung muß sein, mag das Vergnügen um ein Ausgabenden hunderte oder tausendfachen Betrag kosten.

## Ein nächtlicher Juweliendiebstahl.

In der Nacht zum Karfreitag wurde in der Reichstraße, 25 in Charlottenburg bei dem Kaufmann A. Jacob ein schwerer Einbruch verübt, bei dem die Diebe Werte von über 100 000 Mark in die Hände gefaßt haben. Allem Anschein nach sind die Diebe in der Zeit von 2 bis 3 Uhr nachts mit Hilfe einer Leiter in die im ersten Stock gelegene Wohnung eingedrungen. Sie hatten die Fensterscheibe eingedrückt und dann von innen die Fenster aufgerissen. Sie besorgten ihre „Arbeit“ lautlos, so daß das schlafende Ehepaar nicht gemerkt wurde. U. a. fiel ihnen eine Perlenkette, die aus 84 Perlen besteht, in die Hände, ferner zahlreiche andere Juwelen und Schmuckgegenstände. Die Kriminalpolizei ermittelte an, daß die Diebe die Diebstahlsgegenstände haben, um die Entdeckung ihrer Tat zu verhindern. Rittungen, die zur Aufklärung des Einbruchs führen können, nimmt Kriminalkommissar Gennath, Zimmer 105, Polizeipräsidium, entgegen.

## Aufruf des Papiermark-Notgeldes.

Der Reichsfinanzminister hat das auf Papiermark lautende Notgeld, dessen Aussteller in Württemberg, im unbesetzten Gebiet des Landes Hessen sowie im Gebiet der freien Stadt Danzig und der freien Stadt Hamburg ihren Sitz haben, mit Wirkung vom 1. Mai 1924 aufgerufen. Die Einlösungfrist läuft bis einschließlich 31. Mai 1924. Ausgenommen von diesem Aufruf bleiben das Notgeld der deutschen Reichsbahn und die Staatspapierschekine Württembergs.

Die Tausendmarkschekine. Die Reichsbank zahlt für die von ihr ausgegebenen 1000-Mark-Noten, gleichgültig welcher Emission sie angehören und ob sie einen roten oder grünen Stempel tragen, nicht mehr als 1000 Reichsmark.

In einer öffentlichen Wählerversammlung in Lichterode stigierte Genosse Paul Rieth in einem groß angelegten Referat alle Fragen, die mit dem Kuzana der Wahlen am 4. Mai verbunden sind. Nur eine starke sozialdemokratische Parlamentsfraktion kann Front machen gegen die Vorkämpfer der beiden Klassen, gegen die Klassenjustiz und gegen die wirklichen Hochverräter. Der Redner behandelte dann den Münchener Prozeß und betonte, daß nur gebührende und verzweifelte Bemühungen einer derartigen „Partei“ ihre Stimme geben könnten. Aber die 26 verschiedenen Parteien die zur Wahl antreten, zeigen das Unglück des deutschen Volkes. Wort für Wort widerlegte der Referent den nationalistischen Schöndorff, dessen letzte Weisheit dahin geht, mit sitzenden Bäumen über den Rhein zu Deutschlands „Befreiung“ zu marschieren. In der Diskussion sprachen zwei Kommunisten über Berliner Verhältnisse in ziemlich scharfer Art.

Der Bahnhof Gießenstraße der Nord-Süd ist heute früh um 5 1/2 Uhr dem Verkehr übergeben worden.

Scheunenbrand in Niederschönhausen. Ein großes Schandenschauspiel beschäftigte am Karfreitagabend die Feuerwehren Berlins, Pankows und Niederschönhausens. In der achten Abendstunde brach in der mit Futtermitteln gefüllten Scheune des Volkerei-Besitzers Müller in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Niederschönhausen Feuer aus, das sich mit riesiger Schnelligkeit über das ganze Gebäude ausbreitete. Als die ersten Löscharbeiten an der Brandstelle eintrafen, stand die Scheune bereits in hellen Flammen, so daß die Mannschaften sich auf den Schutz der umliegenden Ställe und Gehöfte beschränken mußten. Die Scheune brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Nach den bisherigen Feststellungen steht Brandstiftung vor, und zwar handelt es sich um den dritten Fall dieser Art in Niederschönhausen innerhalb der letzten Zeit.

